



N i e d e r s c h r i f t

über die 8. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 21.05.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:08 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Frau Stadträtin Toense

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Caloglu
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Herr Stadtverordneter Schott
Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Stark

LINKE

Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Koch

entschuldigt

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt:

Herr Dr. Ackermann
Herr Schröder
Herr Blatz

Rechnungsprüfungsamt:

Frau Meyer

Gesamtpersonalrat:

Frau Perau

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Frau Perau als Vertretung für den PR

Schwerbehindertenvertretung:

Frau Matthes

Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Frau Perau

Die Ausschussvorsitzende Frau Stadträtin Toense begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und teilt mit, dass Frau StV Brand von der Fraktion DIE MÖWEN durch Herrn StV Secci vertreten wird, Herr StV Koch von der AfD-Gruppe entschuldigt fehlt und Herr StV Schumacher von der WfB-Fraktion nicht mehr Mitglied dieses Ausschusses ist und dass noch kein Ersatzmitglied benannt worden ist.

Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende die fristgerechte Zustellung der Sitzungsunterlagen, die ordnungsgemäße Einladung der Ausschussmitglieder und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 19.02.2025 **GA 6/2025**

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung, bei einer Enthaltung (Herr StV Secci von der Fraktion DIE MÖWEN).

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV **GA 7/2025**

Die Ausschussvorsitzende berichtet aus der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Frage zum Thema Gewaltschutzambulanz. Sie weist insbesondere darauf hin, dass über das Thema Gewaltschutzambulanz bereits seit Ende 2023 im Sachstandsbericht fortlaufend berichtet wird und, dass hierzu Frau Dr. Kleinbrahm (KBR) bereits drei Mal im Gesundheitsausschuss vorgetragen hat. Die Ausschussvorsitzende klärt auf, dass die Gewaltschutzambulanz explizit nicht die medizinische Versorgung der Betroffenen übernimmt. Für die medizinische Versorgung von Betroffenen sind ausschließlich die Arztpraxen oder die Zentrale Notaufnahme (ZNA) zuständig. Die Gewaltschutzambulanz ist erst im Anschluss für die rechtssichere Dokumentation der Gewaltanwendung zuständig. Zudem stellt die Ausschussvorsitzende klar, dass die Gewaltschutzambulanz auch keine vaginalen Abstriche o. ä. vornimmt, diese werden im konkreten Fall bereits seit Jahren in der ZNA vorgenommen.

Herr StV Freemann (FDP) bedankt sich für die Klarstellung der Unterschiede und stellt fest, dass noch Aufklärung hierzu in der Bevölkerung und im politischen Raum notwendig ist. Er erkundigt sich, ob die bisherigen im Gesundheitsausschuss vorgestellten Unterlagen des Klinikums Bremerhaven-Reinkenheide (KBR) bereits digital einsehbar sind und wenn nicht, ob dies z. B. auf der Homepage der Stadt (Bremerhaven.de) geplant ist. Die Ausschussvorsitzende berichtet, dass diese Unterlagen bisher noch nicht auf der Bremerhaven.de veröffentlicht wurden. Zunächst soll im KBR ein entsprechendes Angebot etabliert werden. Sie weist darauf hin, dass das Angebot in Bremerhaven nicht vergleichbar mit dem Angebot aus Bremen ist, da in Bremen die Untersuchungen und Beweissicherungen durch das rechtsmedizinische Institut vorgenommen werden. Das wird in Bremerhaven nicht der Fall sein. In Bremerhaven ist jedoch bereits medizinisches Personal durch das rechtsmedizinische Institut Bremen geschult worden, um die Beweissicherungen rechtssicher vornehmen zu können. Frau Stadträtin Toense sagt zu, dass das Angebot der Gewaltschutzambulanz in Bremerhaven im Herbst 2025 nach Etablierung des Angebots durch das KBR öffentlichkeitswirksam beworben und digital veröffentlicht wird.

Herr StV Hoffmann (SPD) weist darauf hin, dass der Antrag zum Thema Gewaltschutzambulanz durch die Koalition eingebracht wurde. Er führt aus, dass der Grund für den Antrag nicht nur die Umsetzung im Rahmen der Istanbul-Konvention war, sondern auch den Personenkreis der „älteren Menschen“ beinhaltet. Er führt den Bedarf der Gewaltschutzambulanzen an einigen Beispielen aus anderen Großstädten in Deutschland aus. Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Inanspruchnahme des Angebotes altersunabhängig ist und dass Frau Dr. Kleinbrahm (KBR) in einer der kommenden Sitzungen zu diesem Thema erneut in den Gesundheitsausschuss eingeladen wird.

Frau StV Dertwinkel (CDU) ergänzt, dass auch der Nachweis von Vergiftungen durch sog. KO-Tropfen erbracht werden kann. Das sei in der heutigen Zeit eine wichtige Beweissicherungsmaßnahme.

Herr StV Freemann (FDP) möchte einen weiteren Aspekt zur Relevanz einer Gewaltschutzambulanz herausstellen, da es Erkenntnisse gibt, die darauf hindeuten, dass es eine Zunahme an häuslicher Gewalt gibt. Bei diesen Fällen sei es wichtig, die Beweise gerichtsfest sicherzustellen und diese zur Anzeige zu bringen. Zwar werde Bremerhaven eine abgespeckte Version der Gewaltschutzambulanz aus Bremen bekommen, für Fälle, die nicht in Bremerhaven abgearbeitet werden können, müsse man dann eine Fahrt nach Bremen „in Kauf nehmen“.

Weitere Fragen oder Anmerkungen zur Gewaltschutzambulanz liegen nicht vor.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Bericht über „STI-Prävention“ (= sexuell übertragbare Infektionen) an Schulen - Vortrag durch Frau Dr. Wichmann und Frau Romeike (Gesundheitsamt Bremerhaven)

Die Ausschussvorsitzende leitet den Vortrag über STI-Prävention ein, indem sie berichtet, dass das Gesundheitsamt die Präventionsarbeit durch entsprechende Angebote und Maßnahmen ausweitet. Hierzu wurden Frau Dr. Wichmann und Frau Romeike vom Gesundheitsamt Bremerhaven eingeladen, die über die STI-Präventionsarbeit in Schulen berichten.

Mittels einer Powerpoint-Präsentation berichtet Frau Dr. Wichmann über allgemeine Informationen zum Thema „STI-Prävention“. Frau Romeike ergänzt den Vortrag, indem sie über die bisher durchgeführten Workshops an den Schulen zum Thema „STI-Prävention“ berichtet.

Anschließend werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Frau StV Dertwinkel (CDU) erkundigt sich, ob die Kampagne „Liebesleben“ der Kampagne „Gibt Aids keine Chance“ nachfolgt. Die Frage kann nicht beantwortet werden. Frau Dr. Wichmann stellte jedoch heraus, dass die Kampagne „Gibt Aids keine Chance“ überwiegend medial bespielt wurde und ausschließlich die Themen Aids bzw. HIV beinhaltete, während die Kampagne „Liebesleben“ die am häufigsten vorkommenden STI's in den Mittelpunkt stelle.

Frau StV Dertwinkel (CDU) möchte wissen, ob die Kampagne „Liebesleben“ zeitlich befristet ist. Frau Romeike berichtet, dass es sich hierbei um eine Webseite handelt, die weiterhin aktualisiert wird, es werden Studien durchgeführt und dort veröffentlicht. Grundsätzlich richtet sich die Webseite an Jugendliche.

Herr StV Freemann (FDP) bedankt sich bei den Vortragenden für die Informationen. Für ihn ist deutlich geworden, dass hier weiterer Handlungsbedarf besteht. Mit Bedauern hat er zur Kenntnis genommen, dass sich nur drei Schulen zur Durchführung des Workshops angemeldet haben.

Herr StV Freemann (FDP) erkundigt sich, ob es durch eine Abfrage zum Thema Sexualekontakte nachvollziehbar sei, wie viele der ungeschützten Sexualekontakte mit demselben oder derselben Partner:in stattfanden. Frau Romeike weist darauf hin, dass es in der zitierten Studie Erkenntnisse dazu gibt, diese aber wegen der Kürze des Vortrages nicht aufgenommen wurden. Aus dem Gedächtnis heraus kann Frau Romeike diese Zahlen nicht vortragen.

Antwort zu Protokoll:

*Die genaue Anzahl der Sexualekontakte lässt sich nicht nachvollziehen, jedoch liegen Angaben darüber vor, ob ungeschützter Geschlechtsverkehr innerhalb oder außerhalb einer festen Beziehung stattgefunden hat. Die Studie des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) zeigt, dass 71% der 16-25jährigen sich beim ersten gemeinsamen Sex in einer festen Beziehung vor STI geschützt hat (es kann sich hierbei auch um feste Beziehungen mit mehreren Partnern*innen handeln). Hatten die Befragten auch Sex außerhalb der festen Beziehung, so schützen sich 37% der 16-25jährigen nicht immer. Rund 40% der jungen Befragten ohne feste Partnerschaft schützten sich beim letzten Geschlechtsverkehr nicht.*

Frau StV Wittig (SPD) erkundigt sich, ob Frau Romeike nach dem Vortrag in der Schule weiter Ansprechpartnerin für die Jugendlichen ist. Frau Romeike berichtet von den bisherigen Erfahrungen in der Schule. Demnach ist das bisher nicht vorgekommen, dass die Jugendlichen noch Gesprächsbedarf hatten. Grundsätzlich verweist Frau Romeike auf die Sprechstunde der STI-Beratungsstelle im Gesundheitsamt.

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) bedankt sich für den Vortrag und fragt, wie viele (Schul-)Stunden für den Vortrag zur Verfügung stehen und ob es sich hier um ein Projekt mit einer bestimmten Laufzeit handelt oder ob dieses Projekt verstetigt ist. Frau Romeike berichtet, dass der Workshop für drei Schulstunden ausgelegt ist, was für dieses Thema recht kurz bemessen ist. In einigen Schulklassen wurde mehr Zeit eingeräumt. Zu der Frage nach der Laufzeit berichtet Frau Romeike, dass diese Vorträge früher auch schon gehalten wurden, jedoch war die Durchführung dieser Workshops aufgrund der Corona-Pandemie und der Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin einige Zeit unterbrochen.

Frau StV Batz (SPD) fragt, ob das Gesundheitsamt auch auf Themen wie z. B. HPV-Impfungen in den Workshops eingehe. Frau Romeike berichtet, dass auf diese Themen in den Workshops ebenfalls eingegangen wird. So werden einzelne Themen von den Jugendlichen erarbeitet und dann auf einem Plakat den anderen Teilnehmenden vorgestellt. In diesem Zusammenhang ergänzt Frau Romeike das Thema HPV-Impfungen.

Herr StV Hoffmann (SPD) stellt fest, dass im Ländervergleich bezugnehmend auf die Ausbreitung von STI, das Land Bremen schlecht abschneidet. Er fragt deshalb nach, ob Eltern ebenfalls bei diesem Thema erreicht werden. Zudem stellt er fest, dass dieses Thema auch ein Thema von Frau Gesundheitssenatorin Bernhard ist. Die Ausschussvorsitzende antwortet, dass das Gesundheitsamt dabei ist, die Präventionsarbeit zu stärken und neu auf- und auszubauen. Mit Frau Dr. Wichmann habe man jetzt eine Gesundheitswissenschaftlerin, die sich hauptsächlich um das Thema Präventionsarbeit kümmere. Es sei ebenso wichtig, dass mit Frau Romeike eine Kollegin im Amt sei, die in die Schulen gehe und Workshops abhalte. Frau Stadträtin Toense ergänzt, dass es darüber hinaus wichtig sei, das Thema überall dort zu platzieren, wo junge Menschen/Jugendliche zusammenkommen. Daher sei eine Vernetzung der örtlichen Akteur:innen eine wichtige und unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Präventionsarbeit zur Eindämmung von STI.

Frau StV Steinbach (CDU) merkt an, dass diese Vorträge bisher nur in den 9. Klassen gehalten werden und regt an, dass diese Vorträge auch schon in den 7. und 8. Klassen gehalten werden sollten. Frau Romeike führt aus, dass diese Fragestellung vorab auch im Gesundheitsamt diskutiert wurde. Frau Dr. Wichmann ergänzt, dass die Präventionsarbeit dann besonders wirksam ist, wenn es für die Jugendlichen interessant ist. Aus den Erfahrungen der Praktiker:innen und den Ergebnissen der Studie zeigt sich, dass die Aufklärungsarbeit in der 9. Jahrgangsstufe am wirksamsten ist.

Frau StV Wittig (SPD) merkt an, dass lt. Studie die Werte zum Hepatitis B-Virus im Lande Bremen besonders hoch waren, obwohl gegen diese Variante bereits im Säuglingsalter geimpft wird und möchte wissen, ob es hierfür eine Erklärung gibt. Frau Dr. Wichmann merkt an, dass auch sie über den großen Sprung an Infektionen mit dem Hepatitis B-Virus verwundert war. Dazu erläutert Frau Dr. Wichmann, dass man im Jahr 2021 ein Screening zum Hepatitis B-Wert eingeführt hat, der zum sog. Check Up 35 beim Hausarzt erhoben wird. Deshalb ist der hohe Wert nicht auf Jugendliche zurückzuführen, sondern auf das neue Screening und ein besseres Meldeverfahren. Frau Dr. Wichmann ergänzt, dass alle STI's auch mit dem veränderten Dating-Verhalten (Dating-Apps, Online-Foren) und dem veränderten Sexualverhalten zu erklären sind.

Frau StV Dertwinkel (CDU) möchte wissen, inwieweit die Lehrkräfte in den Workshops involviert sind. Frau Romeike führt aus, dass es enge Absprache mit den Lehrkräften gab, auch Feedbackgespräche, sodass auch Anregungen der Lehrkräfte berücksichtigt wurden. Der erste Workshop wurde gemeinsam mit einer Lehrkraft durchgeführt. Ansonsten sind die Lehrkräfte in der Regel nicht bei den Workshops anwesend, da diese den anderen Teil der Schulklasse betreuen müssten.

Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

5. Kommunalen Strukturaufbau Gesundheitsförderung und Prävention GA 8/2025
hier: Bericht zum Fachtag "Gesund älter werden in Bremerhaven" 2024

Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass im letzten Jahr im Gesundheitsausschuss bereits über das Forum Gesundheitsförderung zum Thema „Gesund aufwachsen“ in Bremerhaven berichtet wurde. In diesem Bericht wurde der Fokus auf Kinder und Jugendliche gerichtet. Im Herbst 2024 hat nunmehr ein weiterer Fachtag stattgefunden, bei dem der Fokus auf die „ältere“ Generation, insbesondere auf deren Mobilität, gerichtet wurde.

Herr StV Freemann (FDP) führt aus, dass es wichtig für „ältere“ Menschen in Bremerhaven ist, dass es sog. „dritte Orte“ gibt, die vor Vereinsamung schützen. Allerdings weist er darauf hin, dass diese Orte dann auch für den Personenkreis erreichbar sein müssen, da diese teilweise mobilitätseingeschränkt seien. Er erkundigt sich, ob diese Frage mitberücksichtigt worden sei. Frau Dr. Wichmann berichtet, dass die Frage der Erreichbarkeit der „dritten Orte“ auf dem Fachtag nicht näher erörtert wurde. Sie erläutert, dass diese „dritten Orte“ in der Regel quartiersbezogen sind und nicht zentral liegen, weist aber auch darauf hin, dass manche „dritte Orte“ nur einmal vorhanden sind. Grundsätzlich gibt es in Bremerhaven ein gut ausgebautes ÖPNV-Netz. Außerdem sind die „dritten Orte“ auch durch z. B. E-Bikes erreichbar. Frau Dr. Wichmann nimmt die Frage jedoch gerne auf und wird sie in die weiteren Planungen einbringen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6. Online-Informationenkampagne zur Förderung der Blut-, Organ- und Stammzellenspende GA 9/2025

hier: Vorstellung der Kampagne bezüglich des in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.09.2024 beschlossenen Änderungsantrages der SPD, CDU und FDP zum entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen + P

Die Ausschussvorsitzende berichtet, dass im Gesundheitsausschuss im September 2024 ein politischer Antrag eingebracht wurde, in dem das Gesundheitsamt aufgefordert wurde, eine Kampagne zur Förderung der Blut-, Organ- und Stammzellenspende aufzustellen.

Herr Dr. Ackermann berichtet, dass das vorliegende Konzept gemeinsam mit der Pressestelle des Magistrats erarbeitet wurde und zunächst der Fokus auf die Blutspende gelegt wird. Mit dem Aufruf zur Blutspende werde man zeitnah beginnen, da der Weltblutspendetag bereits am 14. Juni 2025 stattfindet. Anschließend werde man über Stammzellenspenden und zuletzt auch über Organspenden informieren. Geplant sind neben Informationen auf der Bremerhaven.de insbesondere Social Media Beiträge, die gerade auch junge Menschen ansprechen sollen.

Der StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) bedankt sich für die zügige Umsetzung und erinnert daran, dass seine Fraktion die Initiative eingebracht hat.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Vorlage in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis und bittet um regelmäßige Berichterstattung.

7. Budgetabschluss und Rücklagenentnahme für das Haushaltsjahr 2024 für den Ausschussbereich 3 GA 10/2025

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Haushaltsabschluss 2024 für den Ausschussbereich 3 mit einem positiven Abschluss in Höhe von **802.674,74 €** zur Kenntnis.

8. Anträge/Anfragen

Keine.

9. Verschiedenes

Die Ausschussvorsitzende teilt Folgendes mit:

Der Psychosoziale Arbeitskreis (PSAK) des Gemeindepsychiatrischen Verbunds hat eine Stellungnahme zu den Themen „Nachtcafé“ und „Suchtkrankenhilfe“ abgegeben, den die Ausschussvorsitzende den Ausschussmitgliedern mündlich zur Kenntnis gibt:

- *„Die Herbeiführung einer positiven oder negativen Entscheidung des Sozialamtes ist erforderlich. Die Verweigerung einer Entscheidung bedeutet eine unverantwortliche Belastung für Besucher:innen und Beschäftigte.“*
- *Der PSAK weist auf die große Bedeutung dieses Angebotes für Menschen mit psychischer Erkrankung in Bremerhaven hin und bittet die Dezernate Gesundheit und Soziales auf eine dauerhafte Finanzierung des Nachtcafés‘ hinzuwirken.*
- *Eine Integration des Nachtcafés in die Eingliederungshilfe ist aus Sicht des PSAK sachlich begründet und anzustreben.*
- *Eine Schließung des Nachtcafés wird zu weiteren Unterstützungsbedarfen bei zahlreichen Leistungsberechtigten führen und damit zu zusätzlichen Kosten für die Einbringung der Leistung.“*

Die Ausschussvorsitzende führt hierzu aus, dass aus fachlicher Sicht das niedrigschwellige Angebot rund um das „Nachtcafé“ für die Versorgungsstruktur der Betroffenen eine wichtige Einrichtung darstellt. Insbesondere außerhalb der Öffnungszeiten des Regelbetriebs, gewinnt das Nachtcafé in den Abendstunden bis 22:00 Uhr an Bedeutung. Das sei für Menschen wichtig, die unter einem veränderten „Tag-Nacht-Rhythmus“ leiden. Es sei aber auch bekannt, dass das Nachtcafé seit 2017 aus Zuwendungen der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz finanziert wird, da es ein Teil der Weiterentwicklung der Psychiatriereform war. Das Nachtcafé findet auch im Rahmen der Landespsychiatrieplanung Berücksichtigung.

Dem Sozial- und auch dem Gesundheitsdezernat falle es schwer, ohne weiteres dem Ansinnen der Sozial- und Gesundheitssenatorinnen nachzukommen, das Angebot des Nachtcafés in die Eingliederungshilfe zu überführen, da dann die Kommune einen Anteil von 15 % der Kosten zu tragen habe. Das sei in der prekären Haushaltslage in der sich die Stadtgemeinde Bremerhaven aktuell befindet, und der zusätzlichen Auflage des Senats zur Einsparung von 20 Mio. €, nicht tragbar. Zum einen werde man aufgefordert, Einsparungen im Sozialbereich zu prüfen und zum anderen soll man höhere Kosten im Sozialbereich tragen. Dies sei ein Spagat, den man so nicht leisten könne.

Herr StV Freemann (FDP) kann nachvollziehen, dass der PSAK eine Stellungnahme zu diesem Thema verfasst und in den Ausschuss eingebracht hat. Er stellt heraus, dass die FDP die Einrichtung des Nachtcafés unterstützt hat, da sie diese für wichtig erachtet. Fraglich sei jedoch, ob dieses Angebot über die Eingliederungshilfe zu finanzieren sei und ob dies überhaupt möglich ist. Er führt weiter aus, dass das Nachtcafé als niedrigschwelliges Angebot Bestandteil des Psychiatrieplanes sei und dort auch finanziert werden soll. Zuletzt weist Herr StV Freemann (FDP) noch mal darauf hin, dass es sich hier nicht um eine einmalige Zuwendung handelt, sondern dass es hier um eine Verstetigung des Angebots geht, das jährlich im Falle der Eingliederungshilfe einen kommunalen Anteil in Höhe von ca. 14.000 € bedeuten würde.

Herr StV Hoffmann (SPD) ergänzt den Wortbeitrag von Herrn StV Freemann, indem er ausführt, dass das Projekt seit 8 Jahren durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und damit aus Landesmitteln finanziert wird und man nunmehr das Projekt zumindest teilweise in eine kommunale Finanzierung überführen möchte. Zuletzt weist er darauf hin, dass aus der Landesverfassung hervorgeht, dass Bremerhaven als Kommune in den Lebensverhältnissen mit der Kommune Bremen gleichzustellen sei.

Die Ausschussvorsitzende führt aus, dass es noch eine zweite Stellungnahme des Psychosozialen Arbeitskreises (PSAK) des Gemeindepsychiatrischen Verbunds zur Suchtkrankenhilfe gibt, die sie zitiert:

- *„Die Mitglieder des PSAK stellen gemeinsam fest, die aktuellen Entwicklungen im Drogenbereich sind eine zusätzliche Herausforderung für die Sucht- und Drogenhilfe. Ein Ausbau der niederschweligen Drogenhilfe ist dringend erforderlich.“*

- *Die im aktuellen Zuwendungsbescheid für 2025 enthaltenden Zuwendungskürzungen von 492.200 € auf 420.000 € für den Bereich Suchtberatungszentrum, substituitionsbegleitende psychosoziale Betreuung und Kontaktladen „Jump In“, werden zu einer Reduzierung der Erreichbarkeit des niedrigschwelligen Angebots des Kontaktladens führen. Der Psychosoziale Arbeitskreis hält eine zielgruppenadäquate Erreichbarkeit an 365 Tagen im Jahr mit 7 Stunden täglich für unverzichtbar. Diese Öffnungszeiten sind eine wichtige Voraussetzung, um das Ziel der Entlastung des öffentlichen Raumes gewährleisten zu können.“*

Frau Stadträtin Toense stellt klar, dass es keine Kürzung der finanziellen Mittel gab.

Die Ausschussvorsitzende übergibt das Wort dem Verwaltungsleiter und Haushaltsbeauftragten des Gesundheitsamtes, Herrn Schröder. Herr Schröder führt hierzu aus, dass in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 Mittel in Höhe von jeweils 420.000 € zur Verfügung gestellt wurden, die so auch per Zuwendungsbescheid bewilligt wurden. Zu Beginn des Haushaltsjahres 2024 wurde, aufgrund der seinerzeit bestehenden haushaltslosen Zeit, die Zuwendungen zunächst mit einem vorläufigen Bescheid unter Bezugnahme auf die Bewilligung des Vorjahres, in Höhe von 420.000 € beschieden. Ein darüberhinausgehender Mehrbedarf in Höhe von ca. 72.000 € wurde durch Haushaltsbeschluss zur Verfügung gestellt und ebenfalls durch einen Zuwendungsbescheid bewilligt.

Für das Haushaltsjahr 2025 wurde ebenfalls zunächst ein vorläufiger Bewilligungsbescheid über 420.000 € erlassen. Gleichzeitig wurde seitens des Gesundheitsamtes ein Mehrbedarf für das Jahr 2025 in Höhe von weiteren ca. 205.000 € angemeldet, über den im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2025 zu entscheiden ist.

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Dr. Ackermann über die Öffnungszeiten des „Jump In“ zu berichten. Herr Dr. Ackermann führt aus, dass das „Jump In“ zurzeit an 6 Tagen der Woche mit 5 Stunden täglich geöffnet ist. Die AWO habe angekündigt, dass sie, sofern kein Mehrbedarf bewilligt würde, die Öffnungszeiten auf 5 Tage in der Woche mit täglich 3 Stunden reduzieren müsste, da sie die fehlenden Mittel nicht kompensieren könne.

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) hat zwei Anfragen, die er vorab nicht offiziell einreichen konnte, da ihm beide Themen, sehr kurzfristig zugeleitet wurden. Er berichtet über die Selbsthilfegruppen in Bremerhaven und merkt an, dass es in Bremerhaven an einer ausreichenden sozialpsychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche mangelt. Dies liege vor allem an den fehlenden niedergelassenen Psychiater:innen und ganz besonders an fehlenden Therapeut:innen. Dies wird teilweise durch Selbsthilfegruppen kompensiert. Der Bremerhaven Topf habe mitgeteilt, dass er keine Teilnehmer oder Gruppen mehr aufnehmen könne, da er komplett ausgebucht sei. Nach der Reform des SGB VIII gebe es evtl. die Möglichkeit, dass Selbsthilfegruppen für Angehörige von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen unterstützt werden. Herr Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) fragt, ob es bereits Fördermöglichkeiten gäbe oder etwas in dieser Richtung geplant sei.

Herr Dr. Ackermann erläutert, dass es bereits Initiativen für Angehörigen von psychischen Kranken gibt, bei denen sich Angehörige sowie Freunde und Bekannte einbringen können.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Anfrage zu Protokoll zu beantworten.

Antwort zu Protokoll:

In Bremerhaven gibt es verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche und deren Angehörigen, die entweder über eine institutionelle Anbindung erreichbar sind oder eher in Projektform aufgestellt sind:

- *Ein niedrigschwelliges Beratungs- und Informationsangebot für das Themenfeld der psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen bieten die „Fachkräfte für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ in Bremerhaven.*
- *Die ARCHE Klinik, Tagesklinik und Psychiatrische Institutsambulanz und niedergelassenen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut:innen sind auch in der Angehörigenarbeit aktiv.*

- *Der Kinderschutzbund Bremerhaven führt regelmäßig Elternkurse durch „Starke Eltern – Starke Kinder“.*
- *Das Angebot „Kidstime“ richtet sich an Familien, in denen die Eltern psychisch erkrankt sind.*
- *Das Evangelische Beratungszentrum bietet Familien ebenfalls eine Erziehungs- und Jugendlichenberatung an.*
- *Für junge Menschen mit einer depressiven Erkrankung gibt es die Selbsthilfegruppe „Junge Selbsthilfe Angst und Depression“.*
- *Daneben gibt es noch die Beratungsangebote des Amtes für Jugend, Familie und Frauen (hier in erster Linie die Erziehungsberatungsstelle).*

Eine Auflistung aller Informationen über Anlaufstellen für Fragen rund um die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Eltern kann der Broschüre der LVG (siehe Anlage zum Protokoll) entnommen werden.

Herr Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) spricht seine zweite Anfrage an. Diese drehe sich um die „Frühen Hilfen“ in Bremerhaven, die auch in der örtlichen Presse bereits Thema waren. Er berichtet, dass seine Fraktion in Sorge sei, dass die Familienzentren auf wenige Orte reduziert werden sollen. Er hebt den wichtigen präventiven Charakter der Familienzentren hervor und wie wichtig die dort geleistete Arbeit für Familien ist. Des Weiteren ist insbesondere die Veränderung des Hausbesuch-Programmes „Willkommen an Bord“, die zukünftig nicht mehr zu Hause bei den Familien stattfinden soll, sondern direkt auf der Geburtsstation, Grund zur Sorge. Die Ausschussvorsitzende führt hierzu aus, dass das Programm „Willkommen an Bord“ nicht durch das Gesundheitsamt, sondern durch das Amt für Jugend, Familie und Frauen organisiert wird. Das Gesundheitsamt verantwortet das Programm „Familie, Kind, Gesundheit“. Das Gesundheitsamt sei bislang auch nicht an den Familienzentren angegliedert, sondern unterhalte drei Standorte in Bremerhaven und zwar in der Voßstraße, in der Hans-Böckler-Straße und an der ehem. Theodor-Storm-Schule. Das Gesundheitsamt sei bereits mit den Familienhebammen von „Familie, Kind, Gesundheit“ einmal in der Woche in der Geburtsstation des KBR vor Ort, um auf das Angebot des Gesundheitsamtes hinzuweisen und dieses bekannt zu machen. Für alle Fragen zum Programm „Willkommen an Bord“ verweist Frau Stadträtin Toense auf den zuständigen Fachausschuss. Dennoch hält sie eine engere Verzahnung der Angebote des Amtes für Jugend, Familie und Frauen und des Gesundheitsamtes für sinnvoll, denn nur durch das Zusammenwirken kann eine ganzheitliche, qualitative und quantitative Versorgung von Familien mit kleinen Kindern und werdenden Eltern erreicht werden.

Vorsitzende

Schriftführer

A. Toense
Stadträtin

Blatz

Anlagen:

Präsentation zum Bericht über „STI-Prävention“
 Informationsbroschüre „Informationen über Anlaufstellen für Fragen rund um die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Eltern“